

# Claus Leggewie

## Der französische Reformblock aus Sozialistischer Partei, Linksgewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen — Chancen für einen 'Neo-Korporativismus' in Frankreich?\*

### 1. Einleitung

Seit 1981 ist in Frankreich eine aus Sozialisten, Kommunisten und Linksliberalen gebildete *Regierung an der Macht*. Bereits seit langem wird die französische Gewerkschaftsbewegung von zwei *Gewerkschaftsbündeln* (C.G.T. und C.F.D.T.) dominiert, die ein explizit linkes, revolutionäres Selbstverständnis haben und in ihren Aktionsinhalten und -formen entsprechend ausgerichtet sind. In den 70er Jahren artikuliert sich überdies im Gefolge des Mai '68 ein ganzes *Spektrum neuer sozialer Bewegungen* (Ökologen, Feministinnen, Regionalisten); diese agierten überwiegend auf außerparlamentarischer Ebene, teilweise auch parteiförmig-parlamentarisch.

Ein ideales Terrain also, sollte man meinen, für ein breites Fortschrittsbündnis mit sozialistisch-reformerischer Programmatik und Politik, das von seiner sozialen Basis und Ideologie her geradezu »gramscianische« Ausmaße hat und in den verschiedenen sozialen und politischen Arenen (Parlament, Staatsverwaltung, industrielle Beziehungen, Wirtschaft, Selbstorganisation der 'société civile') antikapitalistische Transformationsprozesse auf den Weg bringen könnte. Anzunehmen wäre ein dichtes Geflecht von Kommunikations- und Verflechtungsbeziehungen in diesem *Reformblock*.

Doch diese Erwartung täuscht in vieler Hinsicht. Denn sowohl historisch-strukturell wie auch in der aktuellen politischen Konjunktur seit 1981 bestehen *relativ geringe und lockere Verflechtungsbeziehungen* zwischen den genannten politischen und sozialen Akteuren. Der Begriff der *Verflechtung* wird hier zunächst intuitiv und ohne große theoretische Voraussetzung verwendet. Er umfaßt sowohl interpersonelle und interorganisatorische Einflußnahme, Kooperation und Subordination als auch ideologisch-programmatische Konvergenz und Zirkulation, Personalunion und Fusionierung bestimmter Eliten innerhalb der eingangs aufgeführten Akteursgruppen. Zugespitzt enthält er institutionelle und prozessuale Momente kooperativer und koordinierter Politikformulierung in strategisch wichtigen Politikbereichen. Damit nähert sich der Verflechtungsbegriff den seit einiger Zeit unter dem Oberbegriff des »Neo-Korporativismus« zusammengefaßten Erscheinungsformen regulativer und kooperativer Politik in westlichen Industriegesellschaften an, ohne jedoch darauf begrenzt zu sein und damit ineinzufallen.

Bezogen auf Frankreich gilt es also, Ausmaß und Ausrichtung der seit 1981 etablierten Verflechtungsbeziehungen zwischen Staatsapparat, Linksparteien, Gewerkschaftsbewegung und neuen sozialen Bewegungen genauer zu untersuchen. Monografische und komparative Studien haben das Beispiel Frankreich notorisch vernachlässigt, wenn es um die Untersuchung »neokorporativistischer« Verflechtungsbeziehungen allgemein oder in besonderen Politikbereichen ging. Das mag einerseits angesichts einer unfruchtbaren Inflationierung dieses Begriffs erfreulich sein und auch der Diagnose relativ geringer Verflechtungsbeziehungen dieses Typs entspringen; andererseits ist diese Vernachlässigung von der Sache her nicht vertretbar und spart die empirische Evidenz einer wichtigen westlichen Industriegesellschaft

aus. Das Thema des folgenden Artikels lautet also: *historische Barrieren gegen eine französische Variante der Sozialdemokratie und aktuelle Probleme der Sozialdemokratisierung des politischen und sozialen Systems Frankreichs*. Sozialgeschichtlich nimmt Frankreich im Verhältnis zu anderen Ländern mit starker sozialdemokratischer Ausprägung der Arbeiterbewegung eine Art »Sonderrolle« ein. Und aktuell stößt der Reformblock in Frankreich auf erhebliche Schwierigkeiten, ein stringentes Konzept der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu entwickeln und durchzusetzen, das sich an den Maßstäben eines »Linkskorporativismus« messen ließe und damit eine linke Alternative zu gängigen Formen der Krisenbekämpfung darstellen würde.

## 2. Sozialdemokratie in Frankreich — eine historische Unmöglichkeit?

Eine so enge Verflechtung von politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung wie in Deutschland, Großbritannien, Skandinavien und Österreich hat es in Frankreich nie gegeben, weder im Sinne eines Primats der Arbeiterpartei vor den Gewerkschaften noch umgekehrt. Vielmehr hat sich unter der ideologischen Ägide des revolutionären *Syndikalismus*, basierend auf den Besonderheiten des französischen Industrialisierungsprozesses und der Zusammensetzung der französischen Arbeiterklasse, ein hoher Grad an *Autonomie* der primär gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse gegenüber der politischen Sphäre allgemein und damit auch gegenüber den politischen Organisations- und Interventionsansätzen der Arbeiterparteien erhalten. Als Beleg dafür kann hier das Verhältnis von C.G.T. und S.F.I.O. vor dem 1. Weltkrieg und die »Charta von Amiens« herangezogen werden. Folge dieses explizit politischen, »totalen« Repräsentationsanspruchs des Syndikalismus war der Selbstausschluss der Arbeiterbewegung aus dem politischen System, auch im Sinne einer zunächst nur »negativen Integration« wie bei der deutschen Sozialdemokratie. »Organische« Wechselbeziehungen zwischen Arbeiterpartei(en) und Gewerkschaft(en) konnten sich so nur spärlich und schwierig entwickeln. Die Syndikalisten, auch die mit gemäßigt-reformerischem Ansatz, blieben der politischen Arbeiterbewegung gegenüber mißtrauisch — was diese nur noch weiter in einen exklusiven »Politizismus« treiben mußte.

Aus diesem historischen Umstand folgt als besonderes Strukturmerkmal des französischen Sozialismus, daß er keine breite Massenbasis in der Arbeiterklasse und in den Gewerkschaften hatte und sich im wesentlichen auf die republikanisch-»radikale« Erbschaft des französischen Bürgertums konzentrierte. Die S.F.I.O. ist verknüpft mit dem Minister- und Notabelnsozialismus der III. und IV. Republik; abgesehen von einigen Départements im Norden war sie keine Arbeiterpartei. Sie konnte auch nicht, wie dies etwa bestimmte Vorstellungen von Jean Jaurès nahelegten, ein Projekt der klassenübergreifenden Hegemonie der Arbeiterklasse in der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft realisieren, sondern blieb eine kleinbürgerlich-radikaldemokratische Partei mit »populärem« Anstrich.

Im Ersten Weltkrieg gab es auch in Frankreich einige Ansätze, das System der industriellen Beziehungen durch ein autoritär geprägtes, aber mit sozialen und partizipativen Komponenten angereichertes Arrangement zwischen Staatsapparat, organisierter Arbeiterbewegung und Unternehmen neu zu organisieren; aber diese Keime eines sozialstaatlichen Politikmusters, die dem politischen Reformismus historisch eine größere Chance in Frankreich gegeben hätten, gingen nicht so auf wie in anderen Industriegesellschaften der Zwischenkriegszeit. Stattdessen ergab sich aus der Situation des 1. Weltkriegs und der anschließenden Niederlage und Zurückdrängung der Arbeiterbewegung deren *Spaltung*. Als deren Resultat entstand, wieder

anders als in den zitierten Vergleichsländern, ein *kommunistischer Mehrheitsflügel*, der die Tradition des revolutionären Syndikalismus aufsaugte, sich in Richtung auf eine entschiedene Systemopposition hin profilierte und die Sozialisten noch weiter in die bürgerlich-politische Sphäre abdrängte und dem etatistischen bzw. kommunalen Reformismus überließ. Mit ihrer »Bolschewisierung« entwickelte sich die kommunistische Partei Frankreichs zur wirklichen französischen Arbeiterpartei. Da sie sich über weite Phasen ihrer Geschichte hinweg weniger reformistische als »tribunizische« Funktionen (der Sammlung der »Unzufriedenen« und »Ausgeschlossenen« des Systems) aneignete und es ihr vorrangig um eine Art negativer Integration als »Gegengesellschaft« ging, bildete sie à la longue im Hinblick auf ein sozialdemokratisches System der reformerischen Politikverflechtung einen gewichtigen *externen Blockadefaktor*. Entscheidend kommt hinzu, daß in dieser Branche der Arbeiterbewegung nun die leninistische Fusion und (teilweise exzessive) Komplementarität von politischer und gewerkschaftlicher Organisation zwischen P.C.F. und C.G.T.(U.) gelang, was zur Entstehung eines stabilen gewerkschaftlichen Pluralismus in Frankreich führen sollte (Spaltung C.G.T. und C.G.T.U.). Trotz der streckenweise sektiererischen Politik der in die Komintern-Strategie eingebundenen kommunistischen Linken gelang es den Sozialisten nicht, die reformistisch-sozialistischen Gewerkschaftsfraktionen zurückzuerobern und politisch zu integrieren. Der Gewerkschaftspluralismus zwischen KP-nahen und -unabhängigen Bündeln konnte sich seither konservieren. Die Gewerkschaftspolitik in Frankreich war damit immer sehr stark politisch determiniert, d.h. die Dynamik von Spaltung und (transitorischer) Wiedervereinigung speiste sich in der Regel aus politischen, oft auch außenpolitischen Konstellationen (antifaschistisches Volksfrontbündnis, Marginalisierung der KP durch den Hitler-Stalin-Pakt, Gemeinsamkeiten im Kampf gegen die deutsche Okkupation, Übertragung der Frontstellung des cold war). Die Distanz zu einer wie auch immer gearteten »reformistischen« Praxis, die für die Alltagsarbeit aller Gewerkschaften durchaus konstruktiv ist, blieb dadurch immer ein Markenzeichen für ein linkes Verständnis des Syndikalismus.

Damit ist bereits angedeutet, daß es in Frankreich sehr wohl eine reformistische Politiktradition gibt. Das gilt nicht nur für den gewerkschaftlichen Bereich einschließlich der C.G.T., also für tarifpolitische Alltagsgeschäfte und die betriebliche Interessenvertretung, besonders in den Groß- und Staatsbetrieben; zu erwähnen ist ferner die Akzeptierung der Rolle als Sozialpartner bei der »Bewältigung« des Mai 1968 im sog. »Grenelle-Abkommen«. Es gilt auch für die Verwaltungspraxis in den sozialdemokratisch oder kommunistisch geführten Gemeinden, besonders des »roten Gürtels« um die Hauptstadt, im Norden und im Süden; besonders nach 1977 gab es eine große Zahl »roter Rathäuser«. Bestimmte historische Konjunkturen, in denen ein hoher innerlinker oder auch nationaler Konsens herrschte, waren besonders »anfällig« für die Durchsetzung reformistischer Politik: die Volksfrontperiode und die unmittelbare Nachkriegszeit, als sich Sozialisten, Kommunisten und linksbürgerliche Kräfte in Kooperation mit den (jeweils unierten) Gewerkschaften daran machten, wichtige sozial-, wirtschafts- und tarifpolitische Bündel zu schnürn. In der Nachkriegszeit hat sich darauf bauend ein bestimmtes Niveau an »Sozialpartnerschaft« einerseits, »Tripartismus« andererseits eingebürgert, das inhaltliche Analogien zu 'neo-korporativistischen' *Regulierungsformen* in den Vergleichsländern aufweist. Dies gilt insbesondere für die tarif- und sozialpolitischen Vereinbarungen oberhalb der Betriebs- und Branchenebene.

Dennoch: das Niveau der Institutionalisierung z.B. der Tarifbeziehungen ist verhältnismäßig niedrig geblieben. Sie sind überdies gekennzeichnet von einer atypischen Arbeitsteilung zwischen verhandlungsbereiten Gewerkschaften (in der Regel C.G.T.-F.O.), die antikommuni-

stische Minderheitsfraktion von 1947 ff., die vor allem im staatlichen Sektor vertreten ist; C.F.T.C., die 1964 übriggebliebene Minorität der christlichen Gewerkschaft, die nicht zur Laizisierung bereit war; C.G.C., die Gewerkschaft der (überwiegend) leitenden Angestellten; einige unabhängige, auf nationaler Ebene nicht repräsentative Gewerkschaften) und solchen, die — wie C.G.T. und C.F.D.T. aus einem »revolutionären« Selbstverständnis heraus meist weniger zu Vertragsabschlüssen auf den verschiedenen Ebenen bereit waren. Der Gewerkschaftspluralismus hat hier aber nicht nur bremsende Funktion, denn die Arbeitsteilung funktioniert im Idealfall so, daß die Kontraktgewerkschaften ihre bargaining-power durch die höhere Mobilisierung der Nicht-Kontraktgewerkschaften erhöhen können, und sich so hinter dem Rücken durchaus ein funktionales Zusammenwirken ergeben kann.

Dieser zumindest teilweise Selbstausschluß aus einem wichtigen Aktionsfeld der industriellen Beziehungen hat sein Pendant in der extrem distanzierten Haltung der französischen Arbeitgeber gegenüber den Gewerkschaften, die lange Zeit nur unter großem Druck und widerwillig dazu bereit waren, diese überhaupt als Verhandlungspartner zu akzeptieren. Die fehlende Mediation industrieller Konflikte hat dann zu stark interventionistischem Staatsverhalten und auch zu konkurrierenden, »reformistisch-partizipatorischen« Regelungsmustern geführt, z.B. in der bürgerlich-liberalen oder christlich-sozialen Mitte (»fortgeschrittene liberale Gesellschaft« in der Ära des Giscardismus, linksgaullistische Kooperations- und Beteiligungsvorstellungen); diese beinhalten übrigens die Gefahr einer Marginalisierung der zahlen- und organisationsmäßig ohnehin schwachen Gewerkschaften durch eine direkte Kooperation zwischen Belegschaften und Management an den Gewerkschaften vorbei.

Im Verhältnis zu diesen überwiegend zentralistisch und etatistisch inspirierten Mustern reformerischer Politikverflechtung ist die »Selbsttätigkeit« und Mobilisierungskraft der sozialen Bewegungen, der »soziale Reformismus« von unten also, immer sehr *schwach* geblieben. Sofern es massenhafte soziale Bewegungen gab, wie die kommunistischen oder poujadistischen Protestbewegungen (die formal, bisweilen auch inhaltlich deutliche Parallelen aufweisen), waren sie diesem Politikmuster jeweils fremd. Einen Aufschwung der sozialen Bewegungen hin zu und ausgehend von der Explosion des Mai 1968 gab es mit der sozialökonomischen Modernisierung des Landes; es gab breite ökologische, regionalistische, feministische und sonstige Strömungen, die teilweise auch wieder politisch und parteimäßig organisiert waren. Man vergißt heute, angesichts der vergleichsweise schwachen Ergebnisse bei Wahlen und Aktionen, daß die französischen Ökologieparteien lange vor den westdeutschen erfolgreich waren (besonders zwischen 1974 und 1977). War ihr politisch-moralischer Impetus und ihr Protestpotential auch genauso hoch oder höher als in den Vergleichsländern, so blieben sie doch langfristig im Bezug auf ihre politische Institutionalisierung weit hinter den Möglichkeiten anderer liberaler Demokratien zurück und konnten, trotz eines verbliebenen Netzes von Bürgerinitiativen, Assoziationen usw. und trotz eines bestimmten Niveaus ökologischer Sensibilisierung, im System der V. Republik *politisch marginalisiert* werden.

Ideologisch-programmatisch schließlich ist das Thema »Reformismus«, »Sozialdemokratie« usw. in Frankreich bis in die achtziger Jahre hinein *tabuisiert* geblieben. Dies ist, obwohl das gesellschaftliche Leben in Frankreich hochgradig verstaatlicht ist, (vielleicht auch gerade deswegen) einem starken antietatistischen Affekt geschuldet, der auch die traditionell »jakobinische« und staatsfixierte französische Linke ergriffen hat. Eine alte, dogmatische Reformismus-Kritik entstammt der KP, die hier meisterhaft die »antireformistische« Orthodoxie der II. und III. Internationale bemüht; eine andere Variante kommt aus der sozialistischen Partei selbst, für deren Ende der sechziger Jahre eingeleiteten Erneuerungsprozeß die strikte Abset-

zung vom allseits kompromittierten SFIO-Reformismus der Ära Mollet konstitutiv war. Auch die neuen sozialen Bewegungen nähren sich aus der antistaatlichen und antireformistischen Tradition der Mai-Revolte (gegen de Gaulle *und* die C.G.T.) und sind damit »apolitisch« eingestellt; der Widerwille gegen die jakobinisch-zentralistische Tradition der alten Linken hat einen politikfeindlichen Gegendogmatismus erzeugt, dessen Transformationsideologie (autogestion = Arbeiterselbstverwaltung) bestimmte Verweigerungshaltungen des revolutionären Syndikalismus kultiviert. Die Selbsteinstufung dieser Bewegungen und großer Teile der Neuen Linken lautet »liberal-libertär«, worin sich alte und neue Entstaatlichungsambitionen mischen.

### 3. Das Profil der potentiellen Akteure reformistischer Politikverflechtung

Seit der Krise und dem Ende des originären Gaullismus zu Ende der sechziger Jahre haben sich Linksparteien, Linksgewerkschaften und neue soziale Bewegungen *gemeinsam voranentwickelt*, teilweise aus extremen Tiefpunkten heraus wie die Kommunisten 1958, die SFIO 1969. Anders als es Kräfteverhältnisse und Sitzverteilungen in den politischen Spitzeninstitutionen vermuten ließen, waren sie Mitte der siebziger Jahre gesellschaftlich in Frankreich tonangebend: Frankreich wählte rechts (bis 1974), war aber links. Erstmals hatten jetzt auch die *Akteure der nichtkommunistischen Linken* genug Gewicht und Profil entwickelt, um zu einem potentiellen Reformblock zusammenzuwachsen, der entweder im Bündnis mit den Kommunisten oder auch autonom von ihnen in die Sphären politischer Verantwortung und Entscheidung aufrücken konnte.

Die *Sozialisten* (seit 1971 P.S.) waren (und sind) aus verschiedenen, mehr oder weniger großen Komponenten der sozialistischen, sozialdemokratischen, republikanischen und liberalen Linken zusammengesetzt und in erstaunlich schneller Zeit zur größten Partei des Landes aufgestiegen. An Wählern verfügten sie über einen hohen Arbeiteranteil, besonders aus den Fraktionen der sog. »neuen Arbeiterklasse«. Damit war sozusagen ein Bann gebrochen. Die Rivalitäten in der heterogen komponierten Partei machten sich im Endeffekt als friedlich-fruchtbare Koexistenz bemerkbar, insofern die »linken« Parteiflügel, die »Jungtürken« aus der CERES-Gruppe und einige Ex-Kommunisten, als Scharnier in der 1972 mit den Kommunisten gebildeten »Union de la Gauche« wirkten und die »rechten« Parteiflügel entweder die Kontinuität aus den alten sozialistischen Bastionen der SFIO in Nord- und Südfrankreich garantierten oder modernistische Fraktionen des Bürgertums und der antiautoritären Protestbewegung (für beides stand Michel Rocard) in die Partei führten. Das um Francois Mitterrand gruppierte Parteizentrum bildete darunter ein solides Fundament aus republikanisch-»radikalen«, jakobinischen und laizistischen Strömungen des kleinbürgerlichen Sozialismus in Frankreich. In dieser bis 1981 anhaltenden Aufschwungphase *absorbierte* der P.S. einen großen Teil der Themen und Truppen der neuen sozialen Bewegungen, politisierte die mit ihm sympathisierenden Teile der »zweiten Linken« (vor allem in der C.F.D.T.) und profitierte von den Wirkungen der antikommunistischen, libertären Grundhaltung der Mai-Revolte. Die C.F.D.T. hatte nach 1968 die größeren Mobilisierungserfolge als die C.G.T., die sich ebenfalls vergrößerte, und mit der sie in einer sehr lockeren Aktionseinheit stand. Aus der ständigen Rivalität der beiden Linksgewerkschaften, die in den Nachwehen des Mai '68 erhebliche Verbesserungen im Lebensstandard der Arbeiter und in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung durchsetzen konnten, ging die C.F.D.T. *stärker* hervor, d.h. das alte

Quasi-Monopol der C.G.T. war zumindest infragegestellt (und Ende der 70er Jahre tatsächlich gebrochen). Dies lag zum einen daran, daß sie sich besser um von der C.G.T. weniger oder kaum vertretene Lohnarbeiterschichten bemühte (vor allem die Belegschaften von kleinen und mittleren Betrieben, Arbeitsemigranten, Frauen, aber auch höherqualifizierte Arbeitnehmer, Techniker, Ingenieure usw.), zum anderen daran, daß sie neue, »qualitative« Themen wie Arbeitsorganisation, Betriebshierarchie, »Reproduktionssektor« usw. anschnitt, die bei der C.G.T. mit ihrem vorrangig auf Kaufkraftverbesserung und Betriebsvertretung und -mitbestimmung ausgerichteten Forderungskatalog meist unter den Tisch fielen. Eine Zeit lang konnte sich die C.F.D.T. als *die* Repräsentantin der nicht-kommunistischen Linken und als eine Art »organischer Intellektueller« der erneuerten Arbeiterbewegung profilieren.

Der Nachhall der Mai-Revolution und des darin zum Ausdruck kommenden »Wertwandels« war wie gesagt beträchtlich; davon profitierten nicht nur die Sozialisten, sondern auch die KP, die in dieser Phase ebenfalls massenhaft neue Mitglieder und Aktivisten gerade aus der »Mai-Generation« rekrutierte. Eindeutiger als Erbwalter waren jedoch zunächst die *sozialen Bewegungen* anzusehen, die Mitte der siebziger Jahre einen erheblichen Legitimationsdruck entwickelten und die französische Gesellschaft als »blockiert«, extrem partizipationsfeindlich, dirigistisch und wachstumsversessen erscheinen ließen. Mitte der siebziger Jahre schossen Bürgerinitiativen, Umweltschutz- und Konsumentenvereinigungen und Selbsthilfe- und Alternativgruppen aus dem Boden; auch elektoral vereinigte der Alternativ-Block erhebliche Stimmenanteile auf sich, die freilich aufgrund des französischen Mehrheitswahlrechts nicht in die entsprechende parlamentarische Repräsentation mündeten. Eben das *Fehlen politischer Artikulations- und Interventionsmöglichkeiten*, auch im rechtlichen Bereich, führte zu einer Krise der neuen sozialen Bewegungen; verstärkt wurde dies durch den Schock gewaltsamer Konfrontationen besonders der Anti-AKW-Bewegung (Malville 1977) mit der Staatsgewalt, so daß die Bewegungen zerfaserten und versandeten. Hinzu kam der starke *Sogeffekt* von seiten der traditionellen Linken, die damals auf dem Zenith ihrer oppositionellen Kräfte stand und mit der Waffe des gemeinsamen Regierungsprogramms ein effektives Mittel für Veränderungen in der Hand zu halten schien, die auch die sozialen Bewegungen für sich wollten. Trotz ausgeprägter Differenzen gerade mit C.G.T., KPF und CERES-Leuten gingen deswegen viele Energien auf die parlamentarisch-politische Ebene und damit überwiegend zu den Sozialisten. Ein nennenswerter Unterbau in Gestalt von BI's und alternativen Netzwerken fehlte jedoch; zur elektoralen kam die »Basis«schwäche.

Vergleichbar war die Entwicklung bei den Gewerkschaften. Denn beide Zentralen gerieten ab Mitte der siebziger Jahre in eine *Legitimations- und Organisationskrise*, indem ihnen Mitglieder, Aktivisten und Wähler zunächst in geringem Umfang, dann aber in alarmierender Zahl fernblieben. Diese störte die »Überpolitisierung«, die die enge Bindung der Linksgewerkschaften an das politische Linksbündnis für sie darstellte und den kleinen, »reformistischen« Gewerkschaften in ihrem Insistieren auf »unpolitischer«, reiner Interessenvertretung den Rücken stärkte — dies umso mehr, als sich seit 1975 die Auswirkungen der Wirtschaftskrise verstärkt in der Bedrohung von Arbeitsplätzen und Reallöhnen bemerkbar machten. Das nahmen die Linksgewerkschaften nach dem Scheitern der Linksparteien 1978, als sie aufgrund ihrer Spaltung den bereits sicher geglaubten Sieg in den Parlamentswahlen verfehlten, zum Anlaß, ihre starke Identifikation mit dem politischen Lager der Linken zu überdenken. Sie propagierten nun, mehr oder weniger deutlich, eine Strategie der »Resyndikalisierung«, die bei der C.F.D.T. eine starke Distanz zu Inhalt und Form der Linksunion, eine kritische

Haltung zu den Sozialisten und die Verstärkung reformistischer Alltagsarbeit bedeutete, und auch bei der C.G.T. zu zaghaften Distanzierungen von der KPF führte.

Die C.F.D.T. darf deswegen, trotz gewisser ideologischer Übereinstimmungen und personeller Verflechtungen (ein Doppelmanat ist im übrigen nicht gestattet), *nicht als die Gewerkschaft der Sozialisten* angesehen werden; wohingegen die C.G.T. in ihrem Emanzipationsprozeß von der Partei sehr verhalten und inkonsequent blieb und trotz einer starken nicht-kommunistischen Mitgliederbasis als *KP-gesteuert* gelten muß. Beider Distanz zum PS — die eine aus Sorge vor Inkorporation und Identitätsverlust, die andere aus politisch-taktischer Verpflichtung gegenüber dem Parteirivalen — muß damit als prinzipielles Hindernis einer engen Politikverflechtung betrachtet werden.

Der *Aufstieg* der drei hier zur Debatte stehenden Komponenten eines potentiellen Reformblocks verlief also *nur scheinbar synchron*. In Wirklichkeit war die Dynamik des PS erheblich stärker und langandauernder als die der sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, die im Gegenteil in der Mitte des Jahrzehnts bereits in Überlebens- oder Erhaltungsprobleme gerieten. Auch die Kommunisten hatten solche Probleme, nachdem sie ihre bis 1976 durchgehaltene »eurokommunistische« Phase abrupt beendet hatten, in neo-stalinistische Praktiken zurückgefallen und mit ihrem partiellen Ausstieg aus der Linksunion zu einem völlig unberechenbaren Faktor in diesem »sozialdemokratischen Projekt zu zweit« (Portelli) geworden waren. Zwischen 1977 und 1981 dezimierten sie ihre Wählerbasis um ein Viertel, ihr Mitgliederzuwachs stagnierte und ihr gesamtgesellschaftlicher Einfluß verfiel zunehmend.

So ist der scheinbar lineare *Aufwärtstrend* des Reformblocks in den siebziger Jahren vielmehr so zu interpretieren, daß er nur noch (und dabei wahlentscheidend) im *bürgerlich-zentristischen Lager* anhielt, ansonsten aber in eine *tiefe Depressions- und Krisenphase der traditionellen Arbeiterbewegung* hineinfiel.

#### 4. Allianzen und Konflikte im Reformblock seit der Regierungsübernahme der Linken 1981

So erschien es fast schon verwunderlich und historisch verspätet, daß die (nicht mehr ganz so) »vereinigte Linke« 1981 einen triumphalen Wahlsieg errang und die »Kommandoposten« von Regierung, Verwaltung und auch Teilen der Wirtschaft einnahm. Damit hatten sich die *institutionellen Rahmenbedingungen* für den Reformblock *erheblich verbessert*. Der außer auf Gemeindeebene bestehende totale Machtausschluß war beendet, den in der Wirtschaftskrise zunehmenden Marginalisierungsversuchen der Gewerkschaften durch Staatsapparat und Arbeitgeberverbände war die Basis entzogen, und auch die sozialen Bewegungen hofften nun zumindest, daß Sozialisten und C.F.D.T. »in ihrem Sinne« aktiv würden.

Die *innere Heterogenität* dieses Blocks, bedingt durch den Dualismus von gewerkschafts- und parteiförmigen Organisationsprinzipien einerseits, durch die Konkurrenz zweier »Lager« andererseits, nahm indessen nicht ab sondern zu; bisher eher virtuelle, auf der Programm- und Forderungsebene angesiedelte Konflikte und Divergenzen bestimmten nun die Formulierung der praktischen Politik. Die vor 1981 angelegten *Krisentendenzen* innerhalb der einzelnen Komponenten wirkten weiter: von einem Wiederaufblühen der Sozialbewegungen kann keine Rede sein, ein im Bezug auf die Volksfrontperiode nostalgisch herbeigeträumter Reformismus »von unten« mit der entsprechenden populären Begeisterung war undenkbar, die

Probleme der Linksgewerkschaften und ihr Terrainverlust gegenüber den »moderaten«, nun plötzlich radikal oppositionellen Konkurrenzzentralen wuchsen noch, und selbst die sozialistische Partei geriet, bedingt durch ihre Verwandlung in ein Rekrutierungsreservoir für staatliche Verwaltungsbeamte, Planer und Manager und als Folge ihres Bedeutungsverlustes als Diskussionsform, Aktionszentrum und »Zukunftswerkstatt« in eine Art Erfolgskrise. Die Beziehungen der Partner im Reformblock blieben konfliktgeladen, und massive Richtungsdivergenzen und Kommunikationsprobleme, auch konkurrenzbedingte Profilierungszwänge erschwerten die »Politikverflechtung«. Schon vom Herbst 1981 an, also noch mitten im sog. »état de grâce«, lastete eine unverkennbare und seltsame Depressionsstimmung und Malaise auf dem Reformblock.

#### a) *Das Verhältnis von Parteien und Gewerkschaften*

Essentiell für die Gestaltung der Sozialpolitik und die Durchsetzung linker Krisenlösungsstrategien ist vor allem das Verhältnis von *Regierungspartei und C.G.T.*, da beide, entweder im erneuerten Management oder im gewerkschaftlichen Vertretungssystem, ihre wichtigste Verankerung in den (meist nationalisierten) Großkonzernen haben, die für die weitere Entwicklung der französischen Ökonomie zentral sind bzw. sein sollen. Gesamtgesellschaftlich bildet die C.G.T. überdies die historisch investierte Potenz eines »Ministers der Massen«, dessen Drohpotential über die Mobilisierung der C.G.T. — (und damit auch eines Kerns der kommunistischen) Kader immer in Rechnung zu stellen ist. Die indirekte KP-Bindung der (knapp) immer noch größten Gewerkschaft Frankreichs stellt für eine sozialistisch geführte Regierung solange keine Gefahr dar, wie die kommunistischen Minister die Regierungspolitik loyal mittragen. Das war bis zum Winter 1983/4 gerade in sozial- und wirtschaftspolitischen Dingen immer der Fall, wenn auch immer gewisse Reserven und Minderheitsvoten geltend gemacht wurden. In diesem Fall fungiert die C.G.T. umgekehrt sogar als ideales *Mittel der Legitimationsbeschaffung* für die eingeleiteten austerity-Maßnahmen in der Arbeiterklasse. Der Stellenwert von PS-Kadern, -Mitgliedern und -Wählern in der C.G.T. ist im übrigen auch nicht zu unterschätzen.

Im wirtschaftspolitischen Bereich gibt es deswegen auch gewichtige *Übereinstimmungen* zwischen C.G.T. und solchen Teilen der politischen Führung, die einer produktivistischen Wachstumsoption (im Sinne des alten »Gemeinsamen Regierungsprogramms«), dem Außenhandelsprotektionismus und einem zentralistischen Politikmodell verpflichtet sind. In diesem Geist erarbeitete Krisenlösungsvorschläge, wie die des bis Frühjahr 1983 amtierenden »Superministers« Chevènement, finden den entsprechenden Beifall der C.G.T., ebenso die Ansätze zur Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung (Auroux-Gesetze, Demokratisierung des öffentlichen Sektors), die der C.G.T. faktisch eine Institutionalisierung ihres bisherigen faktischen Primats bringen.

Die *Divergenzen* liegen deswegen überwiegend im ideologisch-programmatischen Bereich, und dabei hauptsächlich in der Bürger- und Menschenrechtsfrage und in der Außen- und Friedenspolitik, wo die C.G.T. wieder voll im Schlepptau der KPF schwimmt und zur sowjetischen Macht- und Interventionspolitik eine zumindest ambivalente Haltung einnimmt. Sie werden im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich zunehmen, wenn in absehbarer Zeit auch für die französischen Arbeiter Kaufkraftverluste nicht mehr zu vermeiden sind und gegen Branchenkrisen und Massenentlassungen weiterhin kein Mittel gefunden wird; dann

wird die C.G.T. verstärkt gegen die »politique de rigueur« (Austeritätspolitik) Front machen müssen, will sie nicht weiter unter ihrer Klientel an Glaubwürdigkeit verlieren.

Die C.F.D.T. ist also keineswegs der »privilegierte Partner« der Sozialisten, obwohl einige Gewerkschafter in Regierungspositionen aufgerückt sind und es einige direkte Drähte in den Elysee-Palast und zu anderen Regierungsinstanzen gibt, einschließlich der gelegentlichen »Arbeitsfrühstücke«, und obwohl die C.F.D.T. in der Koalitionsoperation »Assises du Socialisme« (1974/5) wie eine politische Partei aufgetreten ist, die Sozialisten ideologisch-politisch unterstützte und sich bis 1978 als Bestandteil der Linksunion ansehen lassen darf. Bisher nimmt die C.F.D.T. zu den meisten Reform- und Krisenlösungskonzepten der Regierung eine *positiv-kritische Haltung des »Ja, aber«* ein, z.B. zur Arbeitszeitverkürzung, zu den Auroux-Gesetzen, zum Lohn- und Preisstopp, zu den Sanierungsmaßnahmen im Sozialversicherungsbereich usw. Aber all diese Maßnahmen gehen der C.F.D.T.-Zentrale unter Edmond Maire in der Regel nicht weit genug oder in die falsche Richtung, d.h. sie wird zum ersten prinzipiellen Kritiker der Linksregierung im Reformblock selbst. Der C.F.D.T. ist die Austeritätspolitik nicht radikal genug, d.h. sie unterscheidet sich zu wenig von den vorherigen Regierungen und hat wenig von dem erwünschten, wenn auch nebulösen »neuen Politik-Modell«, das nicht auf Expansion, sondern auf umverteilendes Sparen, nicht auf »mehr Staat«, sondern auf »mehr Demokratie«, Bürgerinitiative und Freiheiten aus ist. Kritisiert wird dabei vor allem der PS-Flügel, der der C.G.T. am nächsten steht, während die Sympathien mehr den Repräsentanten der »zweiten Linken« in der Partei (Michel Rocard u.a.) gilt, als deren Zentrum sich die C.F.D.T. selbst versteht. Zur C.G.T. bestehen derzeit kaum formelle und informelle Beziehungen (dies gilt für die hochpolitische Ebene, weniger für die oft spontane Aktionseinheit in Alltagsgeschäften und -konflikten); erhebliche Polemik entzündet sich an scheinbar entlegenen Gegenständen wie der Polen-Frage, die natürlich stellvertretend für das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft im Sozialismus behandelt wird. Bei zuletzt massiv abnehmendem Zuspruch der Wähler (z.B. bei den Wahlen der Arbeitsgerichtsbeiräte und der Sozialversicherungsräte) befinden sich beide Linksgewerkschaften überdies in scharfer Auseinandersetzung um ein verwandtes Wählerpotential.

### *b) Das Verhältnis von Reformblock und neuen sozialen Bewegungen*

Die größten programmatischen Übereinstimmungen bestehen hier noch zwischen C.F.D.T. und Ökologie-, Frauen- und Regionalbewegung. Freilich haben sich ursprünglich einmal sehr weitgehende Erwartungen an die Radikalität des gewerkschaftlichen Standpunkts, z.B. in der Frage des »Moratoriums« bei der Kernenergieproblematik, zerschlagen und sind einer herben *Enttäuschung* über die insgesamt sehr verhaltene Kritik an der Regierungspolitik in ökologischen Fragen gewichen. Die Ökologen fühlen sich hier in einer Art Stellvertreterrolle für die sehr schweigsam gewordene und resignierte »Zweite Linke«; ihr politisches Gewicht ist dabei minimal, solange sie in dem unveränderten Verfassungs- und Wahlsystem der V. Republik nicht wie hierzulande größere und mehrheitsentscheidende bzw. -beschaffende Bedeutung einnehmen bzw. »Unregierbarkeit« provozieren können. Die regierenden Parteien scheinen das Bewegungspotential deshalb bislang nicht sehr ernst zu nehmen, nachdem sie für ihren Aufstieg zur Macht recht gern aus dem ideologischen und politischen Fundus der Protestgruppen geschöpft haben. Am gespanntesten ist weiterhin das Verhältnis zur C.G.T. bzw. KPF, die die privilegierte Zielscheibe ihrer Wachstumskritik und ihrer Attacken auf

manipulative Politik sind. Die Konzepte des »Postsozialismus« unterscheiden sich in der Tat radikal von denen der Kommunisten (und bedeutender Teile des PS), die an der Zentralität der Arbeiterklasse als »reformistischem Subjekt« festhalten.

In Bezug auf die Umwelt- und Energiepolitik der Linksregierung ist von den Sozialbewegungen häufig die Vokabel »Verrat« benutzt worden. In der Tat gehört dieser Bereich zu den am flagrantesten verletzten Wahlversprechen Mitterrands, dessen letzte Versicherung, er wolle das Kernenergieprogramm seines Vorgängers stoppen, wenige Wochen vor dem Regierungsantritt und damit nicht lange vor der kaum reduzierten Fortsetzung dieses Programms abgegeben wurde. Freilich muß man hier von einer Konvergenz der Integrationsbestrebungen bei den Sozialisten und der Bereitschaft der Sozialbewegungen ausgehen, sich »freiwillig« zu etatisieren — was deren originärer, anti-etatistischer Programmatik vollständig zuwiderläuft. Innerhalb der Linksregierung führen nun Vertreter dieser Bewegungen (so die Umweltschaatssekretärin Bouchardeau, PSU) eine wenig kommode Existenz zwischen pragmatischen Minierfolgen und Alibirolle. Die autonomen Sozialbewegungen (Amis de la Terre, Parti des Verts, verschiedene Umwelt- und Bürgerrechtsgruppen, Verbrauchervereine, Assoziationen usw.) bemühen sich derzeit um eine *politische Formierung jenseits des Links-Rechts-Schemas*, ihr Leitmotiv ist dabei in der Regel ein bescheidener gewordener Selbstverwaltungsgedanke und ein »liberal-libertäres« Selbstverständnis neuer Politik.

Als »externer«, über die Regierungsbeteiligung aber »internalisierter« Faktor versuchen die Kommunisten ihre engen Beziehungen zur C.G.T. zu konservieren und diese gegebenenfalls auch zur Quelle ihrer eigenen Rekonstruktion zu machen, nachdem sie bei den Parlamentswahlen von 1981 und verschiedenen Teilwahlen seither in einen neuen, mit 1958 vergleichbaren Tiefpunkt hineingeraten sind. Eine Veto- oder Erpressungsrolle kann die KPF kaum einnehmen, solange ihr einziges Prestige eben die Erfüllung ihrer Aufgabe als »staatstragende Regierungspartei« ist bzw. diese Aufgabe immer noch risikoloser und einträglicher erscheinen muß als der ungewisse Ausgang eines »linksradikalen« Abenteuers in einer Oppositionsrolle. In verschiedenen innen-, wirtschafts- und vor allem außenpolitischen Fragen (Nachrüstung) macht die KPF seit 1982 ihre *abweichende Haltung* publizistisch und propagandistisch deutlich, ohne daraus jedoch eine Koalitionsfrage zu machen. Die Partei neigt zu plötzlichen und die eigene Basis überraschenden Zick-Zack-Kursen, aber ein Austritt aus dem Linksbündnis dürfte erst unter gewissen elektoralen Kalkulationen um 1986 (Parlamentswahlen) wahrscheinlich bzw. denkbar sein.

## 5. Die Haushaltspolitik der Linken seit 1981

Die aufgezeigten Verflechtungspotentiale und Konfliktstrukturen im Reformblock können nun anhand eines konkreten und zentralen Politikbereiches veranschaulicht und gedeutet werden. Zwischen 1981 und 1983 vollzog sich sehr rasch ein Wandel von einem expansiven zu einem Sparkurs in der Budgetpolitik — wenn man so will: eine »Wende« *à la française* oder ein »Bad Godesberg« *per Haushaltssanierung*, ohne daß über diese politische Operation der Reformblock auseinandergebrochen wäre. Doch hat sich seine innere Heterogenität noch erhöht, so daß Spielräume *nur für eine kurzfristige Sanierung* von Jahr zu Jahr bestanden und die strukturellen Probleme der Staatsverschuldung und darüberhinaus der Krisenbewältigung nicht in Angriff genommen werden konnten.

Das in der gaullistischen Tradition ausgeglichener Haushalte und auch unter der Regierung Giscard/Barre eingehaltene relativ niedrige Verschuldungsniveau war in den achtziger Jah-

ren nicht mehr zu halten. Das Defizit stieg von 38 Mrd. FF (= 1,8 %) 1978 auf ca. 120 Mrd. FF (= 3 % des BSP) 1983 an, und zwar als Folge der weiteren *Verschlechterung der weltwirtschaftlichen und Binnenmarktbedingungen* und einer zunächst noch sehr expansiven »alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik« der Linksregierung 1981/2. Der indirekte (staatliche) Lohn für sozial schwache Bevölkerungsgruppen stieg stark an, ein umfangreiches Verstaatlichungsprogramm wurde durchgeführt und hohe Subventionen ausgeschüttet. Eine Verringerung des Defizits durch Budgetumschichtungen war von vornherein nicht möglich, da einzelne Posten (*Verteidigung, Kultur, Wirtschaftsförderung*) aufgrund des erklärten politischen Willens der neuen Regierung nicht nur unantastbar waren, sondern bis heute *ausgeweitet* werden. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Kabinetts Mitterrand/Mauroy folgte in der ersten Zeit einem *Mischkonzept* »linkskeynesianischer« Nachfragesteigerung und »angebotsorientierter« Förderung der Produktivität und Wettbewerbskraft der französischen (Groß)Unternehmen auf dem Exportmarkt. Diese Politik war zunächst von einem breiten nationalen Konsens getragen und reichte bis in die Mittelschichten und in das zentristische Wählerpotential hinein. Ihr Resultat war indessen *katastrophal*, da sich die Konkurrenzsituation der französischen (besonders: Staats-)Unternehmen radikal verschlechterte und der Kaufkraftzuwachs nicht der Wiedereroberung des Binnenmarktes durch französische Produzenten diente, sondern vor allem dem Import zugutekam und dadurch ein sich rasant vergrößerndes Außenhandelsdefizit schuf. Im EG-6-Durchschnitt stand so eine überproportionale Teuerung; die Franc-Schwäche war auch durch zwei Abwertungen nicht zu beheben. Die Politik der Linksregierung bis Juni 1982 war, so kann man aus einigen seriösen »Enthüllungen« folgern, von der großen Illusion eines weltwirtschaftlichen, besonders aus den USA kommenden Aufschwungs geprägt. Als dieser ausblieb, und sich überdies bei den Kantonalwahlen im Frühjahr 1982 erste Einbrüche in der Wählermehrheit bemerkbar machten, war die Zeit für eine wirtschafts- und haushaltspolitische »Wende« reif. Die »ceinture rose« (rosa Spargürtel) wurde angeschnallt, die »politique de rigueur« (linke Sparpolitik, verbal abgesetzt von der »politique d'austerité«) in zwei Etappen eingeleitet (Juni 1982 und März 1983).

Die *Ursachen der Defizite* im Staatshaushalt und im Sozialbudget sind wie in anderen Industrieländern auch in der sich öffnenden Schere von Mindereinnahmen und Mehrausgaben zu suchen. Zwar gab es in Frankreich auch zu Beginn der achtziger Jahre noch Wachstumsraten »über Null«, aber die Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen reichten nie aus, um die erhöhten konjunkturellen und strukturellen Leistungsanforderungen an den Staatsapparat zu decken. Als Besonderheit ist hier zu verzeichnen, daß nicht Lohn- und Einkommenssteuern, sondern indirekte Steuern, voran die Mehrwertsteuer mit weit über EG-Niveau liegenden Quoten die Haupteinnahmequelle bilden, während Vermögens-, Gewinn- und Erbschaftsteuern weit unter den Normalsätzen liegen. Höhere und auch mittlere Einkommen sind allerdings in letzter Zeit mit größeren Spitzensätzen und starkem Anstieg der Progression belastet worden. Für das Sozialbudget gilt als Besonderheit der relativ hohe Arbeitgeber- und der niedrige Staatsanteil. Ansonsten beruhen die vor allem bei den Altersrenten und für die Arbeitslosenunterstützung aufgerissenen Löcher auf den üblichen Strukturproblemen westlicher Industriegesellschaften, also der demographischen Verschiebung, dem kontinuierlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit, hohen Zinsbelastungen usw. Freilich sind auch durch die Politik der Linksregierung, vor allem die Verkürzung der Lebensarbeitszeit auf 60 Jahre, eine starke Anhebung der Familienausgaben und ein überdurchschnittliches Ansteigen der Gesundheitskosten, weitere und beträchtliche Mehrbelastungen entstanden.

## 6. Der Streit um die richtige Sanierungspolitik

Die bisherige Sanierungspolitik steht ganz in der Tradition der Haushaltspolitik der Vorgänger-Regierungen. Freilich ist das *Bemühen* herauszustreichen, *sich von einer international in der Regel »nach unten« wirkenden Austeritätspolitik* im Sinne der reagonomics, des thatcherism oder auch der christlich-liberalen Koalition in Bonn *durch sozial ausgleichende Akzentuierungen abzusetzen*. Bis 1983 ist dies, zusammen mit der Entwicklung der Tarifbeziehungen, weitgehend *gelingen*, d.h. bis dahin waren noch keine einschneidenden Reallohnverluste zu verzeichnen. Dies gilt besonders für die unteren Einkommensgruppen. Doch konnten mit den bisherigen Maßnahmen Haushalts- und Sozialbudgetlücken immer nur kurzfristig geschlossen werden, so daß — *ceteris paribus* — für das Jahr 1984 auch in Frankreich mit einer Verletzung dieses bisher hochgehaltenen Prinzips gerechnet werden muß. Man kann im Bezug auf die Budgetpolitik grob *drei Tendenzen* unterscheiden:

### a) Die »Deloristen«.

Nach »Superminister« Jacques Delors benannt, vertreten sie den Zwang zu einer phasenweisen Sanierung durch gezielte und breitangelegte Sparmaßnahmen bei einer weder degressiv noch progressiv gestaffelten, allgemeinen *Abschöpfung von Kaufkraft*. Ein Beispiel für diese Politik war der Delors-Vorschlag vom Sommer 1983, die 1982 eingeführte Ergänzungsabgabe in Höhe von 1 % zu verdoppeln und auf alle Steuerpflichtigen auszudehnen. In eine ähnliche Richtung gehen Vorschläge von Sozialminister Bérégovoy, die Mehrwertsteuer weiter zu erhöhen, um damit die Sozialbudgetdefizite auszugleichen — eine Maßnahme, die wegen ihrer preistreibenden Wirkung gegen das antiinflationäre Programm der Regierung gerichtet war und deshalb keine Chance hatte. Die von Delors und Bérégovoy 1982 ff. durchgeführten Sanierungsmaßnahmen unterschieden sich nicht erheblich von denen, die z.B. in der Bundesrepublik getroffen wurden:

- Erhöhung von indirekten Steuern, vor allem Alkohol- und Zigarettensteuern, auch T.V.A. = Mehrwertsteuer
- Zwangsanleihen und Ergänzungsabgaben, unter Ausschluß von unteren Einkommensgruppen
- Gebührenerhöhungen bei öffentlichen Unternehmen (z.B. Anhebung der Strompreise, Bahntarife etc.)
- Beschneidung von Krediten und Subventionen
- Anhebung der Beitragssätze der Sozialversicherungen
- begrenzte Leistungsminderungen für Arbeitslose und Rentner
- Erhebung von »Solidaritätsbeiträgen« bei Staatsbediensteten ohne Arbeitsmarktrisiko.

### b) *Mitterrandisten, »Albanier« und Gewerkschaften*

Bei diesen, gruppiert um den Haushaltsexperten Christian Goux, den PS-Fraktionsführer Pierre Joxe, dann um die CERES-Gruppe im PS um den früheren, mit Verschärfung der Austeritätspolitik demissionierten Industrieminister Chevènement und Vertreter der C.G.T., besteht die Forderung nach einer *gründlichen Steuerreform*. Je offensichtlicher wird, daß die

bisherige Finanzpolitik nur an den Symptomen eines immer größer werdenden Defizits »herumdoktorte«, desto lauter erhob sich bei dieser Gruppe die Forderung nach höherer Besteuerung und nach einem massiven Solidaritätsbeitrag der »Reichen«. Damit ist nicht nur die schmale Schicht von Milliarden und Millionären gemeint, sondern generell die Bezieher höherer Einkommen, die nun ihren Anteil an einer fiskalischen Umverteilung leisten sollen. Eine Steuerreform ist aber nur ein Bestandteil in einem umfassenderen »Anti-Delors-Plan«, der auch die *weitere Staatsverschuldung* zur Ankurbelung des Wachstums, den *Austritt aus dem Europäischen Währungssystem*, erhebliche *protektionistische Abschottung* Frankreichs und *staatliche Beschäftigungsprogramme* enthält. »Die Reichen sollen zahlen« — ist auch die Grundidee von C.G.T. und P.C.F.; alle gehen von erheblichen Reserven bei Unternehmergewinnen, Erbschaften und Großvermögen aus. Die Maßnahmen zielen also nicht auf die kurzfristige Bereinigung von Defiziten ab, sondern auf eine alternative Wachstumsstrategie, die dem Staatshaushalt (als abhängige Größe) indirekt neue Ressourcen zuführt. Zwischenzeitlich soll in diesem Rahmen eine weitere Staatsverschuldung durchaus toleriert werden. Die Durchführung einer »wirklichen« Steuerreform, die bereits seit Jahrzehnten gefordert und niemals durchgeführt worden ist, hat angesichts der Ungerechtigkeiten im französischen Steuersystem jede Berechtigung, ist aber nur auf den ersten Blick ein Patentrezept zur Lösung der Haushaltsprobleme. Denn wie die Erfahrung mit der nach 1981 eingeführten Steuer auf Großvermögen (I.G.F.) zeigt und auch eine Hochrechnung mit auch massiven Abschöpfungsquoten bei Großverdienern und Superreichen ergibt, zeitigt dies erstaunlich geringe reale *Umverteilungs- und Kompensationseffekte*. Bei vorgeschlagenen Spitzensätzen um 75 % würden aber bei Privatunternehmern, leitenden Angestellten und Freiberuflern ganz erhebliche Demotivierungs- und Frustrationserscheinungen auftreten; bei weiteren Gewinnentnahmen würden die unbestreitbar hohen Unternehmensbelastungen noch weiter in die Höhe getrieben. Beides ist nicht im Sinne einer sozialistischen Wirtschaftspolitik im Stile Delors', der auf die Förderung der privaten Initiative ebenso setzt wie auf die Pilotfunktion der Staatskonzerne und der bei den bis 1981/2 eher PS-freundlichen Eliten nicht jegliche Unterstützung und Innovation abschneiden will. Wenn dies nicht berücksichtigt wird, haben die Vorschläge der »Albanier« auch demagogische Züge: die Kuh wird geschlachtet, die sie gerne melken wollen.

c) »Rocardianer«, »Zweite Linke« und »Post-Sozialisten«

Gleichermaßen gegen Delors' Politik des »Löcherstopfens« wie auch gegen die »albanischen« Sanierungsvorschläge richten sich Konzepte der C.F.D.T. und mancher »Rocardianer« im P.S. Sie haben Abschied genommen von Vorstellungen linearen, quantitativen Wirtschaftswachstums und orientieren ihre budget-politischen Alternativen auf eine echte »linke Sparpolitik«. Die auch hier geforderte Steuergerechtigkeit soll streng zweckgebunden in die Schaffung von Arbeitsplätzen und unternehmerische Investitionen dieser Art übergeleitet werden. Die Expansion des Arbeitsmarktes und die Anhebung der Kaufkraft (außer bei den sozial Schwachen) ist nicht mehr absolut vorrangig. Vielmehr hat sich Edmond Maire insofern als einer der profiliertesten Kritiker der Linksregierung herausgestellt, als er die »korporatistische« Sicherung von (Arbeitsplatz)Privilegien durch die Linksregierung kritisiert, »Konsumüberschüsse« in der *französischen Gesellschaft* konzedierte und auch eine Arbeitszeitverkürzung *ohne* vollen Lohnausgleich in Betracht zieht, wenn auf diese Weise eine Egalisie-

rung der Arbeitsmarktchancen erfolgt. Im Bezug auf die Sozialausgaben suchen die Vertreter dieser Linie weniger nach Möglichkeiten, über Umverteilung oder Fiskalisierung neue Ressourcen zur Finanzierung zu erschließen, sondern verlangen eine *radikale Reform des gesamten sozialen Sicherungssystems*. Für sie ist das aktuelle Defizit keine konjunkturelle Erscheinung (leicht zu belegen an dem strukturellen Anstieg der Gesundheitskosten) und weniger ein Phänomen sozialer Ungerechtigkeit oder mangelnden Wachstums als vielmehr Ausdruck einer hochgradig desintegrierten und »kranken« Gesellschaft. Eine lineare Steigerung der Sozialausgaben ist für sie nicht nur undenkbar, sondern auch gar nicht erwünscht, da allein eine radikale Veränderung der Lebens- und Arbeitsbedingungen eine Senkung der Gesundheitskosten ermögele.

Dies ist freilich ein Jahrhundertprojekt mit »post-sozialistischer« Ausrichtung, das Konzepte der Selbstverwaltung und Entstaatlichung propagiert und damit paradigmatisch in ganz andere Bahnen kommt als der aktuelle Entwurf der Linksregierung. Zwischen diesem Zukunftsentwurf und dem aktuellen Sanierungszwang klaffen Welten, d.h. es besteht eine riesige Operationslücke, die den Vorstellungen der »Post-Sozialisten (hierzulande bekannt vor allem Gorz, Touraine, Rosanvallon) eine oftmals brillante Wirkungslosigkeit verleiht.

Die hier nur ganz kurz skizzierten Lösungsvorschläge innerhalb des Reformblocks lassen sich nicht zu einer optimistischen Konklusion bringen. Vielmehr soll abschließend der Stoßseuffer eines engagierten publizistischen Beobachters zitiert werden:

»Alles deutet darauf hin, daß sich die überkommene Konstellation der Linken wieder etabliert: auf der einen Seite der Protosozialismus von Chevènement, um den herum sich alles sammeln könnte, was die sozialistische Erfahrung an Frustrationen und Starsinn hervorgebracht hat — mit einem Wort: die permanente Versuchung des Putsches gegen die Realität. Auf der anderen Seite der Metasozialismus der 'zweiten Linken', mit seiner Dialektik von Scheitern und Durchblick, von konkreter Vorstellungskraft und agnostischem Realismus.« (Jacques Juillard, *Nouvel Observateur*, 13. Mai 1983)

## 7. Ausblick: vorerst kein »heißer Herbst« in Frankreich? Chancen des Neokorporativismus

Der organisatorisch-institutionelle Kern des Linksbündnisses hat bisher alle Konflikte und Versuchungen überstanden. Basis der weiteren Zusammenarbeit ist dabei der kleinste gemeinsame Nenner, d.h. der Machterhalt und die Verhinderung einer vorgezogenen Rückkehr der Rechten an die Macht. Die elektorale Basis des Reformblocks schmilzt unterdessen dahin, in der sozialen Basis der Allianz regt sich Unwille und Frustration. Vor allem unter den Mittelschichten hat der P.S. seine beeindruckende Mehrheitsposition sowie beachtlich an Kredit verloren. In der Arbeiterklasse gibt es einen eindeutigen Trend auf Kosten der Linksgewerkschaften C.G.T. und C.F.D.T. zugunsten von F.O. und C.F.T.D.C., die derzeit als wirksamere Vertreterinnen von Arbeitnehmerinteressen gesehen werden. Ende 1983 machten sich die ersten Kaufkraftverluste bemerkbar, trotz großer Anstrengungen kann die Arbeitslosigkeit nur kosmetisch verringert werden — und die große Entlassungswelle in der Stahl-, Auto- und Werftindustrie scheint sogar noch bevorzustehen. Die Steuererhöhungen 1984 werden zu einer weiteren Verschlechterung des Lebensstandards führen.

Bei den verschiedenen Gelegenheiten im Herbst 1983 (Sozialversicherungswahlen, Reform der Arbeitslosenkassen, Tarifverhandlungen) hat sich Unmut gezeigt; eine soziale Explosion

ist indessen bisher ausgeblieben. Entschlossen Front gegen die Austeritätspolitik macht eigentlich nur F.O.; die C.G.T. hat eine »Strategie der Spannung« annonciert und auch in der C.F.D.T. regt sich Widerstand gegen die als zu stark empfundene gouvernementale Solidarität der Zentrale. Doch resümiert man die Haltung der (linken) Gewerkschaften am besten mit folgender Formel, die sich im editorial der C.G.T.-Zeitung »La Vie ouvrière« findet: »(Die C.G.T.) ist nicht die Gewerkschaft der Regierung. Sie ist auch nicht ihr Gegner. Der Gegner ist der C.N.P.F. (der Arbeitgeberverband, C.L.) und die Reaktion.« (zitiert nach Le Monde, 31.7.83)

Diese Position des »geringeren Übels« wurde bisher nicht durch »wilde Streiks« oder andere, organisationsgefährdende Maßnahmen infragegestellt. Die Gewerkschaften halten sich höchstens bereit, in solchem Falle zum Anwalt einer möglichen Opposition gegen überzogene Sparmaßnahmen zu werden — und sehen mittlerweile ihrer anhaltenden organisatorischen und legitimatorischen Schwächung zu.

Ob sich in Frankreich ein »neo-korporativistischer« Trend ablesen läßt, ist nicht aus dieser auf haushaltspolitische Fragestellungen zugespitzten Studie allein zu schließen. Wissenschaftstheoretisch interessant ist, daß der Begriff »corporatisme« in Frankreich zunehmend diskutiert wird, aber ganz andere und eher »archaische« Konnotationen hat. Traditionelle korporatistische Strukturen, d.h. die Segmentarisierung der französischen Gesellschaft in schmale, berufsbezogene »Privilegiaturen« nach Klientele, sind der Gegenstand der französischen »Korporatismus«-Debatte, die vor allem mit dem Bestseller von François de Closets (1983) angeregt wurde. Er macht der Linksregierung den Vorwurf, sie habe vor allem die Arbeitenden im geschützten staatlichen und öffentlichen Sektor privilegiert, die Freiberufler durch ein laxes Steuersystem geschont, effektiv organisierte Berufsstände gefördert, aber auf der anderen Seite innovatorische Leitungskader und Unternehmer gestraft, ohne die Arbeiter, mit Ausnahme der Niedriglohngruppen, sonderlich aufzuwerten. Die Teilung der Gesellschaft sei dadurch verstärkt worden.

In der Tat ist es der Linksregierung bisher nicht gelungen, diese Teilung durch sozialintegrative, »solidarische« Reformmaßnahmen zu überwinden. Doch ist die moderate Budget- und Sozialpolitik der Linksgewerkschaften als eine Art »neokorporatistisches« *Tauschangebot an Staat und Unternehmen* zu verstehen, in anderen Bereichen, vor allem in der Arbeitsmarktpolitik und in der betrieblichen Mitbestimmung, Zugeständnisse zu machen. Auch das Stillhalten gegenüber den staatlich festgelegten Lohnleitlinien geht in diese Richtung. Zweifellos besteht bei der Linksregierung eine Neigung, dieses Angebot durch die *Einbindung der organisierten Großinteressen in bilaterale und tripartistische Regulierungsformen* aufzugreifen und für die formulierten Politikziele zu nutzen. Ein großes Fragezeichen steht jedoch hinter der Bereitschaft der französischen Unternehmerverbände dazu.

Die »Politikverflechtung« in Frankreich ist gewachsen; sie ist vorsichtig zu interpretieren im Sinne einer »Sozialdemokratisierung« der politischen Kultur. Aber das entscheidende Ferment scheint im Augenblick weniger ein gemeinsames Entwicklungs- und Reformprojekt als Machterhaltung und Überwintern zu sein, bis bessere Zeiten kommen...

\* Der Aufsatz erscheint im Frühjahr 1984 in dem von Michael Th. Greven u.a. herausgegebenen Sammelband »Politische Willensbildung und Interessenvermittlung«, Westdeutscher Verlag.

## Anmerkungen

Die Grundargumentationen des Aufsatzes wurden bei einer Sektionstagung der DVPW im Oktober 1983 in Mannheim vorgetragen. Die hier nur skizzen- und thesenhaft ausgeführten Gedankengänge sind ausführlicher begründet in meinem Habilitationsprojekt. Auf Literaturangaben wird hier deshalb verzichtet; sie sind zu finden in einigen Studien aus diesem Projekt:

Neokorporatismus in Frankreich? Projektbericht im Rahmen des Forschungsprojektes »Neokorporatistische Politikentwicklung in Westeuropa«, Konstanz Ms. 1982

Zur Entwicklung der französischen Gewerkschaften seit dem Beginn der 70er Jahre, in: Das Argument, Sonderband 85, Westeuropäische Gewerkschaften, Berlin 1982, S. 31-54

Sozialistische und kommunistische Partei Frankreichs. Geschichte, Ideologie, Soziologie, in: PVS-Literatur 1 und 2/1983

Eine immer unbestimmtere Idee von Frankreich. Politische Kultur in Frankreich, in: Peter Reichel (Hg.), Politische Kultur in Westeuropa, erscheint 1984